

**Professor Franz Josef Düwell,  
Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D.**

**Beschäftigtendatenschutz im Fokus der  
Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts  
und des Bundesverwaltungsgericht**

**– Der Auftrag des Gesetzgebers  
und der Beitrag der Gerichte –**

Die Inhalte dieser Broschüre wurden mit größter Gewissenhaftigkeit und aller Sorgfalt zusammengestellt. Dennoch können weder Autor noch Verlag eine Gewähr für Fehlerfreiheit übernehmen. Die Broschüre ist kein Ersatz für eine Beratung durch Ihre/n Datenschutzbeauftragte/n oder Datenschutzberater/in.

1. Auflage November 2012

© 2012 EfWeHa-Verlag Werner Hülsmann, Konstanz – Ismaning – Berlin

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover ([www.dieumweltdruckerei.de](http://www.dieumweltdruckerei.de))  
auf 100 % Recyclingpapier

ISBN 978-3-95546-020-4

Alle Rechte vorbehalten.

<http://www.EfWeHa-Verlag.de>



## Inhaltsverzeichnis

1. Gesetzgebung und Rechtsprechung.....	5
1.1. Die Entdeckung der informationellen Selbstbestimmung.....	5
1.2. Beschäftigtendatenschutz als Herausforderung für den Gesetzgeber .....	5
1.3. Der Beitrag der Rechtsprechung zum Beschäftigtendatenschutz .....	11
2. Begrenzung der Datenerhebung.....	13
2.1. Die Einführung der Verhältnismäßigkeit .....	13
2.2. Erforderlichkeit als gesetzlicher Maßstab.....	14
3. Verhaltens- und Leistungsüberwachung durch technische Einrichtungen .....	16
3.1. Objektive Eignung zur Überwachung.....	16
3.2. Datenverarbeitendes System.....	16
3.3. Einbau von GPS- Geräten in Fahrzeugen.....	17
3.4. Mitbestimmung im Gesetzentwurf.....	19
4. Verhaltensüberwachung durch Video.....	20
4.1. BAG 2003 Pfandflaschen .....	20
4.2. BAG 2004 Postgeheimnis I .....	21
4.3. BAG 2008 Postgeheimnis II .....	25
4.3.1. Die Regelung der Videoüberwachung.....	25
4.3.2. Innerbetrieblicher Bereich .....	32
4.3.3. Öffentlich zugänglicher Bereich.....	37
4.4. Reichweite des Verbots im öffentlichen Bereich .....	39
4.4.1. Verfassungskonforme Auslegung des § 6b Abs. 2 BDSG .....	39
4.4.2. BAG folgt herrschender Meinung .....	40
4.5. Die Video Überwachung im Entwurf zum Beschäftigtendatenschutzgesetz.....	42
4.5.1. Offene Überwachung.....	42
4.5.2. Heimliche Überwachung.....	43
5. Verwertungsverbot im Prozess .....	45
5.1. Rechtsprechung zu Telefongesprächen.....	45
5.1.1. Abhören und Aufzeichnen .....	45
5.1.2. Zufälliges Mithören Dritter.....	46
5.2. Rechtsprechung zur Videoüberwachung.....	47

5.2.1. Letztes Mittel als Ausnahme.....	47
5.2.2. Kein Verwertungsverbot bei bloßer Betriebsverfassungswidrigkeit.....	49
5.2.3. Wahrheitspflicht im Prozess .....	51
5.2.4. Relativer Vorrang für das allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	52
5.2.5. Fernwirkung des Verwertungsverbots.....	54
5.3. Rechtsprechung zur Internetüberwachung.....	55
5.4. Beweisverwertung im Gesetzentwurf .....	57
6. Ansprüche der Beschäftigten bei unzulässiger Videoüberwachung.	58
6.1. Anspruch auf Abbau von Videokameras .....	58
6.2. Anspruch auf Entschädigung .....	58
7. Beschäftigtenvertretung und Datenschutz .....	62
7.1. Kein Kontrollrecht des Arbeitgebers.....	62
7.2. Informationen für Personal- und Betriebsrat.....	64
7.2.1. Konflikt Datenschutz und Überwachungsaufgabe.....	64
7.2.2. Personalvertretungsrecht.....	65
7.2.2.1. Liste der Schwerbehinderten.....	65
7.2.2.2. Liste der vom BEM Betroffenen.....	66
7.2.2.3. Überwachung des Hinweisschreibens.....	69
7.2.2.4. Überwachung des Antwortschreibens.....	72
7.2.2.5. Beschränkung der Einsicht.....	76
7.2.3. Betriebsverfassung.....	80
7.2.4. Sonderrechtsgebiet Bayern.....	81
7.3. Nachrangigkeit des BDSG.....	85
7.4. Ausschluss von Beteiligungsrechten .....	85
7.5. Zustimmung zur Durchführung des BEM.....	86
8. Stellung des Datenschutzbeauftragten .....	89
8.1. Bestellung zum internen DSB.....	89
8.2. Bestellung als Versetzung.....	90
8.3. Kein Austausch intern gegen extern .....	92
8.4. Vereinbarkeit mit Betriebsratsamt.....	93
8.5. Vereinbarkeit mit Leitungsfunktionen.....	94
9. Abkürzungen.....	96
10. Literaturverzeichnis.....	98
11. Über den Autor.....	99